



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

### **Entschieden gegen jeglichen Extremismus vorgehen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass der Abschiebestopp nach Syrien aufgehoben wird und Straftäter sowie bekannte islamistische Extremisten sofort dorthin abgeschoben werden können.

Weiter soll die Staatsregierung existierende Präventions- und Aussteigerprogramme so konzipieren, dass sie für Extremisten aller Gesinnungen offenstehen (rechts, links und islamistisch). Förderungen für Organisationen, die Präventions- und Aussteigerprogramme anbieten, sind nur dann auszureichen, wenn sie sich an Extremisten aller Gesinnungen gleichermaßen richten. Wenn dies nicht möglich ist, sind die Programme bzw. Förderungen sofort einzustellen.

### **Begründung:**

Syrien ist derzeit das einzige Land, für das Deutschland einen kompletten Abschiebestopp verhängt hat. Allerdings hat sich das Auswärtige Amt seit der Schließung der Botschaft in Damaskus 2012 kein eigenes Lagebild mehr vor Ort gemacht. Daher ist unklar, ob es nicht syrische Gebiete gäbe, die als sicher einzustufen wären. Die Vermutung liegt auch deshalb nahe, weil Länder wie Schweden oder Dänemark Ausreisepflichtige durchaus auch nach Syrien abschieben. Die Staatsregierung ist deshalb gefordert, sich auf allen Ebenen für eine Aufhebung des Abschiebestopps einzusetzen, sodass Kriminelle und Gefährder mit syrischem Pass sofort dorthin ausgewiesen werden können. Die Staatsregierung soll das Thema zudem auf der Innenministerkonferenz Anfang 2021 auf die Tagesordnung setzen lassen.

Weiter sollte die Staatsregierung dafür Sorge tragen, dass Präventions- und Aussteigerprogramme für alle extremistischen Personen geöffnet werden – unabhängig ihrer Gesinnung. Die bayerische Informationsstelle gegen Extremismus bietet aktuell ein Aussteigerprogramm an, mit Schwerpunkt auf Rechts- und Linksextremismus. Medial wird der Fokus dabei auf den Rechtsextremismus gelegt. Allerdings sollten auch islamistische Extremisten einen Weg in Bayern haben, um auszusteigen. Die Programme sind deshalb zu adaptieren.

Zudem gibt es zahlreiche NGO's, die ebenfalls verschiedenste Programme zur Prävention oder zum Ausstieg aus einer „Szene“ anbieten, allerdings meist nur fokussiert auf eine Art des Extremismus. Zahlungen an Organisationen, die solche Programme anbieten, sind deshalb nur dann ausreichen, wenn sichergestellt ist, dass Extremisten aller Gesinnungsarten angesprochen werden.

Sollte es nicht möglich sein, Programme hierfür neu zu konzipieren oder zu öffnen, sind diese sofort einzustellen bzw. weitere Zahlungen zu verwehren.